

Belegabteilungen und Anzeigenstelle sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: 518. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Nachrichten: Sozialdemokratisches Berlin

Arbeits
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Belegabteilungen: Verlag GmbH
Berlin 518. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Eine Rede Gesslers.

Ordnungsbund, Große Koalition und Ausnahmezustand.

Gera, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Reichswehrminister Dr. Gessler sprach gestern abend in einer öffentlichen Versammlung des Ordnungsbundes in Gera. Sein Referat war auffallend juristisch-haltend und matt. Er vermied es peinlich, auf die inneren Gegensätze in Sachsen, Thüringen und Bayern näher einzugehen. Die Kreise des Thüringer Ordnungsbundes sind durch die Rede des Reichswehrministers, der für die Volksgemeinschaft und die große Koalition eintrat, sicherlich nicht auf ihre Rechnung gekommen.

In der Diskussion wurde versucht, das nachzugehen, worüber Gessler nicht gesprochen hatte. Vor allen Dingen wurde er befragt über die einseitige Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes in Sachsen und Thüringen, der die Duldung des bayerischen Reuterars Boffow trotz gegenüberstehender Kufertrommeln wurde. Dr. Gessler auf die Ausführungen seiner Parteifreunde, mit Prof. Breuß, aufmerksam gemacht, die den militärischen Ausnahmezustand für vollkommen verfassungswidrig erklärt haben.

Reichswehrminister Gessler erklärte darauf, daß der militärische Ausnahmezustand nur noch für die Zeit des Thüringer Wahlkampfes aufrechterhalten werde und daß er nach Beendigung des Wahlkampfes wahrscheinlich aufgehoben würde.

Für die Thüringer Regierung sprach Ministerialdirektor Dr. Rittweger über die einseitige Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes. In zahlreichen Fällen konnte er den Nachweis führen, daß der Befehlerrücktritt in Thüringen ausschließlich gegen links zur Anwendung kommt. Der Reichswehrminister suchte sich in zahlreichen Zwischenrufen zu rechtfertigen, mußte aber zugestehen, daß er oft falsch informiert war. Um die bayerische Angelegenheit suchte sich Herr Gessler herumzureden, indem er auf die Frage, warum gerade Bayern nicht der militärische Ausnahmezustand angewendet werde, bemerkte, daß da entweder die Verfassung nicht stimmen müsse oder aber die Reichsregierung zu schwach sei, gegen Bayern vorzugehen.

Gera, 9. Februar. (Tl.) Anlässlich der bevorstehenden thüringischen Landtagswahlen sprach gestern abend auf einer öffentlichen Wahlerversammlung der Sozialdemokratischen Partei Reichswehrminister Dr. Gessler. Betreffend das Verhältnis zwischen Reich und Thüringen zeigte der Reichswehrminister Zurückhaltung. Er sprach zunächst über die politische Entwicklung des letzten halben Jahres und wies dabei den kommunistischen Witz in Sachsen und Thüringen (1) sowie die Vorgänge in München. Die Reichsregierung ist, so führte der Minister aus, diesen Bewegungen mit Energie entgegengetreten und hat dadurch erreicht, daß der Zustand der Beruhigung immer mehr um sich griff. Das Problem, das es jetzt zu lösen gilt, besteht darin, ein größeres Vertrauen zwischen Reich und Ländern herzustellen. Es geht nicht an, daß einzelne Länder die Reichsregierung bis aufs Messer bekämpfen, vielmehr müsse in Sachsen wie auch in Thüringen mehr Vertrauen zum Reich Platz greifen. Wir brauchen einen starken Staat und eine starke Wirtschaft, denn von der Wirtschaft lebt der Staat. Das große Ziel der nationalen Volksgemeinschaft muß uns vorleuchten.

Zu dem Konflikt zwischen Reich und Thüringen und in bezug auf die bevorstehenden Landtagswahlen sagte der Reichswehrminister: Das gestehe ganz offen, daß der Aufmarsch der Parteien, wie er in Thüringen geschah, kein prinzipieller sein kann, denn ich kann mir nicht denken, daß es nach den Wahlen so bleibt: hier Ordnungsbund, hier Arbeiterkraft. Ich würde das im Inter-

esse der Arbeiter und des Ordnungsbundes auf das tiefste bedauern. Ich betone daher ausdrücklich zum Gedankten der Volksgemeinschaft, daß dieser nicht anders zum Ausdruck kommen kann als in der Großen Koalition. Zum Schluß sagte der Reichswehrminister zu der Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes noch, daß es nicht möglich sei, diesen früher aufzuheben, als bis eine gewisse Stetigkeit in den politischen Verhältnissen zwischen Reich und den Ländern eingetreten sei. Die thüringischen Wahlen seien dafür sorgen, daß wir in dieser Hinsicht einen Schritt vorwärts kommen.

Dem Vortrag folgte eine Diskussion, in der Ministerialdirektor Dr. Rittweger-Weimar das Wort ergriff und nachzuweisen versuchte, daß die Zustände in Thüringen, die die Befehlsdurchführung durch die Reichswehr zur Folge gehabt hätten, sehr harmlos gewesen seien. Demgegenüber betonte der Reichswehrminister, daß, sobald die thüringischen Wahlen gezeigt hätten, daß die Möglichkeit zur Bildung einer großen Koalition bestehe, auch der Ausnahmezustand abgeschwächt werden könne.

Was der Reichswehrminister da geredet hat, ist — die Richtigkeit des „T.-U.“-Berichts vorausgesetzt — von einer geradezu hahnbüchernen Naivität. Die Reichswehr wurde nach Thüringen geschickt, um das Land und Norddeutschland vor bayerischen Ehrhardt-Banden zu schützen. Als sie da war, „schützte“ sie die bürgerlichen Parteien vor der verfassungsmäßigen Landesregierung — ohne Auftrag, kraft eigenen Rechts! Natürlich unter nachträglicher oder gar stillschweigender vorheriger Billigung der bürgerlichen Reichsregierung. Und der Demokrat Gessler stellt sich jetzt hin, an der Grenze von Kahr-Bayern, um zu versichern, es sei notwendig, „ein größeres Vertrauen zwischen Reich und Ländern herzustellen“. Es geht nicht an, daß einzelne Länder die Reichsregierung bis aufs Messer bekämpfen. Er meint Thüringen, nicht Bayern! So sind die Begriffe vermischt bei den Männern, die das Reich zu vertreten haben. In Bayern herrscht Kahr und Ehrhardt, der stiefväterlich verfolgte, und Boffow, der Reuterer, preist auf Gessler wie auf Seckel. Aber das kleine Thüringen, wo die ausgegrenzten Arbeiter eine Landesregierung gebildet hatten auf verfassungsmäßigem Wege, wird von dem Demokraten Gessler durch Reichswehr „zur Ordnung“ gebracht, die nirgends vorher gestört war.

Zweck und Ziel des ganzen Unternehmens deutet der Demokrat Gessler als Wahltrommel an: Erst wenn durch die unter Militärdiktatur vollzogenen Wahlen eine bürgerliche Landtagsmehrheit gebracht haben, kann an eine Beilegung des Ausnahmezustandes gedacht werden! Das eine Wort sagt mehr als alle juristischen Deklamationen mit militärischer Begleitmusik!

Eine verspätete Maßnahme.

Weimar, 9. Februar. (Tl.) Der Militärbefehlshaber in Thüringen, Generalleutnant Hoffe, erläßt folgende Verordnung: Um allen Parteien und Wahlorganisationsstellen Gelegenheit zu geben, ohne Zeitverlust zu ihren Wählern zu sprechen, habe ich mit sofortiger Wirkung jede Vorzensur über Wahlzettelungen und Flugblätter auf. Die Wahlflugblätter und so weiter müssen die Angabe der Druckerel und die Parteibezeichnung tragen. Alle sonstigen Bestimmungen über Druckerzeugnisse usw. bleiben in Kraft.

Jeder Reichswahllooschlag erhält auf je 75 000 Reichstimmen ein Mandat.

Eine sachliche Stellungnahme zu diesem Reformvorschlag behalten wir uns vor. In sich ist das bestehende Wahlsystem, sofern an dem Prinzip der vollen Gleichberechtigung festgehalten wird, für die Sozialdemokratie durchaus kein Minderwertiges. Jede Reform auf diesem Gebiet bedarf aber wegen ihrer weittragenden Konsequenzen der sorgfältigsten Erwägung, zu denen der zu Ende gehende Reichstag kaum noch Mühe finden wird. Die Vorbereitungen sämtlicher Parteien zu den Reichstagswahlen sind in vollem Gange und haben sich natürlich auf das bestehende Wahlrecht auf. Ueberdies steht die plötzliche Einbringung der Reformvorlage im schärfsten Widerspruch zu den Erklärungen, die der Reichskanzler persönlich den Parteien abgegeben hat, daß vor den Wahlen eine Reform nicht beabsichtigt sei. Unter diesen Umständen wird die plötzliche aus dem Boden geschossene Vorlage der Regierung auf keine freundliche Aufnahme rechnen dürfen.

Spannung am Devisenmarkt.

In Berliner Bankkreisen sah man dem heutigen Devisenverkehr mit begrifflicher Spannung entgegen. Die Schwankungen des Marktes nunmehr auch auf die Amsterdamer und New Yorker Börse übergriffen haben. Es lagen heute am Devisenmarkt außerordentlich große Kursforderungen aus inländischen Wirtschaftskreisen vor. Besonders der Einfuhrhandel stellte enorme Anforderungen. Es handelt sich hierbei offensichtlich um reine Konsumausdränge, für die, wenn sie voll ausgeteilt würden, nicht halb die erforderlichen Bauschulden vorhanden sein können. Bezeichnend ist, daß eine einzelne Firma beispielsweise 6 Millionen Franken anforderte. Eine solche Ueberrückung der vorliegenden Devisenaufträge würde zweifellos eine Einschränkung der Kaufkraft hervorrufen können. Die Reichsbank lehnte den Anforderungen wieder eine sehr scharfe Reparatierung entgegen. Es wurden fast durchweg zwei Prozent angesetzt. Holland mit 1575, London 18 100 waren leicht

Ungarns Sanierung.

Voraussetzungen und Folgen der ungarischen Anleihe.

Von Alexander Szánó.

Die Staatsanleihe für Ungarn kann nunmehr als gesichert angesehen werden. Zwar ist das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen, zwar werden die Bedingungen, die man Ungarn auferlegt, auf alle Fälle härter sein, als die Klauseln, die Oesterreich in Genf unterzeichnen mußte — aber immerhin kann Ministerpräsident Bethlen einen Erfolg seiner außenpolitischen Tätigkeit verzeichnen. Auch seine Gegner erkennen den Erfolg an, wenngleich ihre Bewunderung weniger dem Endeffekt dieser Politik gilt als vielmehr der Geschicklichkeit, die der ungarische Regierungschef in der Kunst des politischen Seitentanzes bekundet hat. Denn Graf Bethlen mußte in Genf, in Paris, in London und anderwärts den Nachweis führen, daß sein Land sich auf dem besten Wege zur Konsolidierung befinde — und mußte gleichzeitig erleben, daß in eben diesem Lande die unantastbaren „Erwachsenen“ weiter ihre Künste im Bombenwerfen und ähnlichen patriotischen Taten übten. Er war genötigt, um der Anleihe willen alle Nevanhegeleite feierlich abzuschwören — und konnte auf der anderen Seite dennoch nicht umhin, seinen Landsleuten zu erzählen, daß man selbstverständlich keine pazifistische Politik machen wolle. Er mußte sich europäisch auführen — und konnte nicht einmal zwei armselige politische Wörter fassen, deren Auslieferung von einer fremden Regierung seit Jahr und Tag verlangt wird.

Gewiß hat Bethlen in dieser Taktik des Drehens und Wendens bereits einige Übung. Schon während der Revolution spielte er teils als Republikaner, teils als Gegenrevolutionär eine Doppelrolle. Er hat später, nach seinem Aufstieg zur Regierungsmacht sehr geschickt zwischen Legitimisten und Habsburggegnern lauiert, hat bald den Unglücksmanischen Karl als König geehrt, bald auf ihn schreien lassen. Und er balanciert, wie gesagt, auch jetzt sehr geschickt nach allen Seiten — aber ganz wohl ist ihm diesmal nicht dabei. Man braucht auch durchaus nicht zu glauben, daß geheime Sympathien für die Terroristen es sind, die ihn daran hindern, ihrem Treiben ein Ende zu bereiten. Solche Sympathien waren bei Bethlen nur so lange vorhanden, als die „Erwachenden“ und ihr ganzer aus entwurzelten Kleinbürgern und Landsknechten bestehender Anhang durch den weißen Terror mit Haß, die Arbeiterkraft niederzuknüllen, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu vernichten und unbewußt die Herrschaft des mit der jüdischen Finanzaristokratie verbündeten Magnatenums fest zu begründen. Als das erreicht war, als Graf Bethlen und seine Pfaffenbrüder wieder fest im Sattel saßen, da wurden die politischen Forderungen der kleinbürgerlichen Bundesgenossen bald unbedeutend und es erfolgte anstatt des Dankes der Frustration. Die Detachements hatten ihre Schuldigkeit getan, sie konnten nun gehen. Die Rechtsradikalen wurden in die Opposition gedrängt und mußten sich damit begnügen, ihre Tätigkeit in vereinzelten Terrorakten fortzusetzen.

Man darf es der ungarischen Regierung aufs Wort glauben, daß sie gar zu gern dem terroristischen Gezücht völlig den Lebenssaft ausbläsen möchte. Aber sie kann es nicht wagen. Denn da ist einmal die Furcht vor den Enthüllungen, die die Bundesgenossen von einst über gemeinsam vollbrachte Taten machen könnten, da sind weiter die zahlreichen rechtsradikal gestimmten Polizeiorgane, Verwaltungsbeamte und Richter, die jede energische Aktion sabotieren. Und da ist vor allem die oberste Spitze des Staates, der Reichsverweser Nikolaus Horthy, dessen schlagende Hand immer dann in Wirksamkeit tritt, wenn es seinen lieben Freunden, den „Erwachenden“ wirklich einmal an den Kraken zu gehen droht. Die Untersuchungen, die das Kabinett nach jedem Bombenanschlag, nach jeder Misttat der Terroristen einleitete, führten oft genug zur Ausdeutung der geistigen und materiellen Urheber. Aber in dem Augenblick, da die Wahrheit auf dem Wege war, wurde sie auch stets prompt wieder vertuscht, war von Sähen und Strafe keine Rede mehr.

Der weiße Terror regiert zwar nicht mehr unumhändert, aber immer noch ist Iwan Hellas ein bedeutsamer Faktor der ungarischen Politik — Iwan Hellas, der Führer der „Erwachenden Ungarn“! Iwan, der Schreckliche, der seine Laufbahn damit begann, daß er dreißig Arbeiter an den Säulen des Orgaaner Waldes aufhängen ließ! Iwan, der Massenmörder, der mit diesem Namen unzählige Male in offener Parlamentsstunde gekennzeichnet wurde! Iwan, der Unmögliche, der das ganze Netz von Verschwörungen in der Hand hält, die Land und Volk nicht zur Ruhe kommen lassen! Und während dieser Mann, der seine Mordtaten gar nicht leugnet, sondern sich ihrer offen rühmt, frei und ungehindert in den Straßen Budapests umhergeht dort, sitzen immer noch Hunderte von Arbeitern und Sozialisten in Gefängnissen und Internierungslagern, müssen immer noch die Führer der ungarischen Revolution in der Verbannung leben!

Graf Bethlen verheimlicht die wahren Zustände in Ungarn. Er sanktioniert damit die Fortdauer dieser Zustände und erweist so seinem Lande einen schlechten Dienst. Sache der wahren Vertreter des ungarischen Volkes ist es daher, das Ausland über diese Dinge aufzuklären. Wenn der Führer der ungarischen Sozialdemokratie, Genosse Julius Weidl, zu Besprechungen mit der englischen Arbeiterregierung nach London gefahren ist, so geschah es nicht, um die Gewährung der Anleihe zu hinterziehen, sondern um die Gewähr zu schaffen, daß diese Anleihe auch wirklich einem konsolidierten Rechts-

Änderung des Reichswahlgesetzes.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner Sitzung am Freitag den Entwurf einer Abänderung des Reichswahlgesetzes.

Die vom Reichstodint genehmigte Konzepte zum Reichswahlgesetz ist heute dem Reichstag vorgelegt worden und wird nach Zustimmung des Reichsrats demnächst beim Reichstag eingebracht werden. Die Zahl der Reichstagsmitglieder wird auf 399 festgelegt. Die 16 Wahlkreiseverbände werden in Wahlkreise mit durchschnittlich 380 000 Einwohnern untergeteilt. Insgesamt ergeben sich 156 Wahlkreise. Die Verteilungszahl 60 000 wird auf 75 000 erhöht. Jeder Kreiswahllooschlag darf nicht mehr als zwei Bewerber benennen und muß ein Kennwort tragen. Innerhalb eines Verbandes gehen Wahllooschläge mit dem gleichen Kennwort als untereinander verbunden. Verbundene Wahllooschläge gelten den anderen Kreiswahllooschlägen gegenüber als ein Wahllooschlag. Ein und derselbe Wahllooschlag kann innerhalb eines Verbandes in mehreren Wahlkreisen aufgestellt werden.

Damit wird ein elastisches Verfahren ermöglicht und den Bedürfnissen der Parteien nach ihren verschiedenen Stärkeverhältnissen in den einzelnen Wahlkreisen Rechnung getragen. Jedem Wahllooschlag und jeder Gruppe verbundener Wahllooschläge werden soviel Abgeordnete zugeordnet, daß je einer auf 75 000 für sie abgegebene Stimmen kommt. Die bei dieser Verteilung unberücksichtigt bleibenden Stimmen gelten als Reststimmen und werden dem Reichswahllooschlag zur Verwertung überwiehen. Die auf eine Gruppe verbundener Wahllooschläge entfallenden Abgeordnetenplätze werden auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahllooschläge nach dem Höchstquotensystem unterverteilt. Die einzelnen Wahllooschläge werden also nach ihrem Wahlerfolg bei Befreiung der Abgeordnetenplätze beteiligt. Beim Ausschreiben eines Abgeordneten tritt als Erfordernis der Bewerber des Wahllooschlags mit der nächsten Höchstzahl ein. Die auf Reichswahllooschläge überweisenden Reststimmen werden zusammengezählt.

staate zugute kommt. Und wenn die Emigrantenführer Michael Karolyi und Ernst Garami gleichfalls an diesen Verhandlungen in der englischen Hauptstadt teilnehmen, so ist das nicht — wie die reaktionäre Budapest-Hepress behauptet — schmöder Landesverrat, sondern der Wunsch, dem Vaterlande zur wirklichen inneren Gesundung zu verhelfen. Die Forderungen der ungarischen Sozialdemokratie sind klar und werden von niemandem verheimlicht. Die Beauftragten des arbeitenden Volkes Ungarns wünschen, daß die Aufnahme der Anleihe eine Ära des inneren Friedens wie des materiellen und moralischen Wiederaufbaues einleitet. Sie verlangen, daß zu diesem Zwecke den Bombenwerfern und Mördern endlich das Handwerk gelegt und Ungarn wieder zum Rechtsstaat gemacht wird. Sie fordern, daß die Veröhnung der Geister ihren Ausdruck finde in der Freilassung der Eingekerkerten und der Rückkehr der Verbannten. Das sind wahrlich bescheidene Wünsche. Die ungarische Regierung wagt gleichwohl nicht, sie zu erfüllen. Wenn ihr von London her durch sanften Druck der Rücken gestärkt wird, so wird sie vielleicht notgedrungen und allen inneren Widerständen zum Trotz an die wahre Sanierung des Landes schreiten. Ist sie aber dazu auch weiterhin nicht willens oder nicht imstande, so wird der politische Seitwärtler Heßler trotz aller Bescheidenheit doch über kurz oder lang den Absturz in die Tiefe erleiden. Und die Leitung der Geschicke Ungarns werden dann die Männer übernehmen, die nicht, auf schwankem Pfade wandelnd, mit Artistenfünkstücken Weltgeschichte treiben wollen, sondern die, gestützt auf die breite Masse des ungarischen Volkes, zielbewußt und sicher den Weg schreiten, den wirtschaftliche Entwicklung und geschichtliche Notwendigkeit ihnen vorschreiben. Und dann wird es keine „Erwachenden Ungarn“ mehr geben — wohl aber ein ungarisches Erwachen.

Hasse braucht fünfzehn Zimmer!

Hafenkreuzpropaganda in seinem Bureau.

In einem Weimar-Brief der „Berliner Morgenpost“ wird der folgende Beitrag zu der Militärherrschaft in Thüringen geliefert:

... Endlich steht man vor dem „Hotel Erbprinz“, vor dem ein Schild mit der Aufschrift „Hauptquartier des Militärherrschafters in Thüringen“ prangt. Ein schwerbewaffneter Doppelposten patrouilliert auch hier auf dem Bürgersteig hin und her, und unachtsame Spaziergänger kommen leicht in Gefahr, in die Mündungen der Gewehre, die die beiden Reichswehrmänner recht lässig geschultert haben, hineinzurennen. Hier residiert General Hasse mit seinem Stab. Er hat fünfzehn Zimmer seit dem 8. November v. J. in dem Hotel belegt. Die Truppen sind irgendwo in der Stadt untergebracht. Den Geist seiner Umgebung kennzeichnet schon ein riesiges Werbeplakat, das im Zimmer des Vorgesetzten des Stabes hängt und das zwischen möglichst großen Hafenkreuzen an den erstaunten Betrachter die Frage richtet: Kennt Ihr den zerschenden Einfluß der jüdischen Presse?

Solange die sozialistische Regierung die Gewalt im Lande innehatte, waren die vom Reichswehrminister aufgelösten Vereinigungen „Stahlhelm“ und „Bewo“ verboten. Seit General Hasse die Vollzugsgewalt innehat, verkünden „Stahlhelm“ und „Bewo“ durch öffentlichen Anschlag, daß dann und dann „Appell mit Wundjacke“, dann und dann „Ausmarsch in voller Ausrüstung“ stattfindet. Die Post wird von Reichswehr bewacht. Telefongespräche der Regierungsbehörden werden mitgehört. Die seit dem 1. Januar in Weimar erscheinende „Weimarer Zeitung“, die ausgesprochen völkische Tendenzen vertritt, wird von den Offizieren des Reichswehrstabes offensichtlich begünstigt.

Vielleicht interessiert sich der Spartakommissar Herr Saemisch einmal dafür, ob in der Zeit der allgemeinen Leidnot der militärische Apparat in Thüringen nicht doch ein wenig zu kostspielig ist. Völkische Gründe haben ja, wie jetzt durch Heßler endlich zugegeben wurde, diese Militärherrschaft in Thüringen etablieren lassen. Es galt, „bis zu den Wahlen“, das heißt bis zur Schaffung eines parlamentarischen Bürgerblocks, das hauptsächlich durch Sozial-

demokratischen geschaffene Land Thüringen unter militärischen Druck zu legen. Völkische Vernunft wird deshalb auch nicht zur Beseitigung des Zustandes führen. Aber in der Zeit, da Beamte aller Grade und Arbeiter aller Berufe auf Hungerlöhne gesetzt sind, dürfte es doch wohl den Spartakommissar interessieren, daß von einer Militärbehörde allein 15 Zimmer im teuersten Hotel Weimars beansprucht werden. Freilich: Herr Saemisch wird ebensowenig etwas zu sagen haben wie Dr. Geßler und die anderen Ratten der Regierung!

Schwerindustrielle Dreistigkeit.

Frei Thysen beschimpft die deutschen Arbeiter und die Republik in einem Pariser Blatt.

Ebenso wie vor einigen Wochen Hugo Stinnes, hat jetzt auch Frei Thysen einen Sonderberichterstatter des „Journal des Debats“ empfangen und ihm eine lange Unterredung gewährt. Und genau so wie der Zechenmagnat hat der Stahlmagnat dem französischen Journalisten gegenüber den Verständigungsprozess politisiert. Während es eine allgemein bekannte, unabweislich feststehende Tatsache ist, daß die deutsche Schwerindustrie jahrelang jede Verständigungsprozess bekämpft und durchkreuzt und sogar bemüht ist, die Ruhrbesetzung hingearbeitet hat, erdreisten sich jetzt dieselben Herrschaften, sich als diejenigen hinzustellen, die allein die wahre Verständigung erstreben und in Zukunft herbeizuführen imstande seien. Das ist politische Hochstapelei überlisteter Art. Immer deutlicher erkennt man die wahren Beweggründe dieser Hyänen von Stahl und Eisen. Sie trieben bemüht zur Katastrophe, indem sie die von der Entente geforderten Sachleistungen zunächst für untragbar erklärten und sodann sabotierten und, als sie ihr Ziel, die Herbeiführung der Ruhrbesetzung und deren katastrophale Folgen erreicht hatten, errichteten sie ihre politische und wirtschaftliche Alleinherrschaft über Deutschland: das Volk war ausgepumpt, die Arbeiteremergenz waren durch die Inflation darübergehend lampunfähig geworden, die Staatsautorität und die Staatsfinanzen waren untergraben — nun konnte das Monopol der Kartelle unangefochten errichtet, der Wirtschaftsentag abgeschlossen, die Sozialgesetzgebung abgebaut werden. Und jetzt, als Krönung des Ganzen empfehlen sich diese Industriekapitäne und Ritter den Deutschen als die Retter des Vaterlandes und den Franzosen als die „wahren“ Verständigungspolitiker!

In seiner Unterredung mit dem französischen Journalisten hat es Frei Thysen für geschmacklos gehalten, die deutsche Arbeiterschaft und die Deutsche Republik herunterzureißen und zu verdächtigen:

„Die Hauptfrage war die folgende: Unser Volk muß mehr denn je arbeiten, um sich zu befreien. Es war aber einer der schwersten Fehler des republikanischen Regimes, welches den Versailles Vertrag unterzeichnet hat, dessen Ausführung eine erdrückende Arbeit in Deutschland zur Voraussetzung hatte, den Arbeitern nicht zu sagen, daß Arbeit gebieterischer denn je eine nationale Pflicht sei.“

Aber nicht wahr, es war ja eine demokratische Regierung, eine sozialistische Regierung, zweifellos eine Regierung nach Eurem Wunsche, wie Ihr sie vorzuziehen erklärt hattet! Man hätte nur versehen, daß eine solche junge und schwache Regierung natürlicherweise zunächst der Menge schmeicheln mußte und deshalb das Volk zu nicht allzu großen Arbeitsanstrengungen auffordern durfte. Ihr habt die Gewohnheit der Republik; ich behaupte allerdings, daß Eure Republik mit der unferigen keine Ähnlichkeit hat. Aber bei uns bedeutet die Demokratie gar nichts. Sie stößt niemandem Vertrauen ein. Man verlangt eine Regierung. Ihr dürft Euch nicht darüber wundern, daß die Regierungen, die Ihr bisher gesandt habt, alles unterzeichnet und nichts gehalten haben. Sie enthüllen ihre Schwäche und können keinerlei Vertrauen einflößen.“

Sie werden sich vielleicht wundern, aber ich behaupte, daß, um die Kriegseparationen zu regeln, eine Rechtsregierung vorzuziehen gewesen wäre. Man sagt, daß sie mit Kriegsgeboten gespielt hätte.

Das ist ein Wahnsinn. Sie hätte die Kraft gehabt, viele Dinge anzunehmen zu lassen und viele Opfer von allen zu erweichen, weil sie Prestige und Vertrauen genossen hätte.“

Man konnte schon das freche denunziatorische Schlagwort von Stinnes gegen die Regierung Weimar, daß sie „keine diskontfähigen Unterschriften“ leisten könne. Als endlich durch das Drängen von Stinnes die Regierung Weimar gefürzt war und Cuno-Beder-Rosenberg als Vertrauensmänner der Schwerindustrie ans Ruder kamen, da erfolgte prompt die Ruhrbesetzung: wahrlich der beste Beweis dafür, wie „diskontfähig“ die neuen von der Schwerindustrie beglaubigten Unterschriften drüben angesehen wurden!

Aber das Thysen-Interview ist noch um viele Grade dreister als alles, was Stinnes auf diesem Gebiete bisher öffentlich geleistet hat. Der Versuch, die Verantwortung für die Unterzeichnung von Versailles der Republik in die Schuhe zu schieben, ist eine üble Heuchelei, nachdem bekanntlich beide Rechtsparteien in der entscheidenden Stunde in Weimar die übrigen Parteien geradezu angeflucht haben, die sogenannten Ehrenpunkte zu schlucken und für die Unterwerfung zu stimmen. (Man lese darüber nach, wie Friedrich v. Bayer in seinem kürzlich erschienenen Erinnerungsbuch diese Szene geschildert hat.) Ebenso ist es eine glatte Lüge, wenn Thysen behauptet, die bisherigen Regierungen hätten der Arbeiterschaft nicht zu sagen gewagt, daß Arbeit Voraussetzung für die Befreiung des Volkes von den Lasten des Friedensdiktates sei. Die Demokratie bedeutet bei uns nichts, sagt Thysen. Freilich wäre ihm das Regime des französischen Nationalen Blocks lieber, wo das Comité des forges ausschlaggebend in der inneren und der auswärtigen Politik ist. Das gleiche Ziel erstrebt auch die deutsche Schwerindustrie. Thysen ist so freundlich, den Franzosen zu beschreiben, daß die bisherigen Regierungen „alles unterzeichnet und nichts gehalten“ hätten. Diese unwahre Denunziation macht sich sehr gut aus im Munde eines Menschen, dessen ganze politische Tätigkeit darauf gerichtet war, die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen zu sabotieren.

Wäre das Experiment nicht für das ganze Volk zu kostspielig und gefährlich, man möchte wahrhaftig einmal der schwerindustriellen Bande die Gelegenheit geben, ihre Behauptung zu beweisen, daß eine Rechtsregierung besser die Reparationsfrage zu lösen imstande wäre als Linksregierungen. Aber man hat dieses Experiment eigentlich schon zur Genüge unter Cuno gemacht und das deutsche Volk wird sich für eine Wiederholung bedanken.

Eine andere Frage ist: Wie lange noch wird sich das deutsche Volk den Zynismus und die Frechheit dieser politischen Hochstapler der Schwerindustrie gefallen lassen?

Der Brief des Hitler-Offiziers.

Eine offizielle Erklärung.

W.B. meldet:

In seiner dritten Beilage vom Sonntag, den 3. Februar, druckt der „Vorwärts“ unter der Überschrift: „Ein Offizier Hitlers erzählt“ einen ihm vom Zufall in die Hand geplateten Brief eines Herrn Goeh in München ab. — Die Echtheit dieses Briefes konnte vorerst noch nicht festgestellt werden, da es bisher nicht gelungen ist, den Verfasser einwandfrei zu ermitteln. So viel steht aber schon fest, daß der Brief in wesentlichen Hauptpunkten, vor allem, was die Waffen- und Munitionsbeschaffung und die Beteiligung der Reichswehr an dem, direkt unwar, im übrigen moßlos übertrieben ist.

Hierzu wiederholen wir, daß wir mit den Behauptungen des Herrn Goeh nichts zu tun haben. Im übrigen ist dieser Herr Goeh — wie in München selbstverständlich — unaufrichtig und die Stelle, die gegen ihn polemisiert, anonym. Wir glauben daher nicht, daß aus einer Diskussion zwischen diesen beiden etwas Vernünftiges herauskommen wird, und beschränken uns darauf, die Feststellung, daß die Reichswehr im allgemeinen und dessen Truppe insbesondere ganz unschuldig ist, zur Kenntnis zu nehmen.

Andrejew: „Du sollst nicht töten“.

Im Dämmer und Halbdunkel, in das einige geheimnisvolle Lichter springen, spielen sich diese Szenen aus dem russischen Leben im Deutschen Theater ab. Der Regisseur Bendhausen und der Maler Archon verstehen die Kunst des Ausdeutens und der Vorgänge, sie schaffen eine Atmosphäre um die Vorgänge, die sonst leicht banal wirken könnten. Den Dichter des „Toten Sackens“ und der Geschichte „der sieben Gedanken“ erkennt man schwer wieder in diesem volkstümlichen Drama, das mit seinen Rollen nur die Lust zum Grollen und auch Sentimentalen gemein hat. Welche Andrejew, wie es der Titel vermuten läßt, wirklich absprechend und moralisierend die bösen Folgen eines Mordes aufzeigen?

Es herrscht die kalte Nacht der Finsternis unter diesen Menschen, die wir fast alle von Dostojewski, Tolstoi, Gorki kennen. Der alte reiche Kulachow ist ein schrurriger Sanbering, der seine Sou'e quält. Warum soll man diese Waise an Leben der anderen nicht beteiligen, sagt die planvolle Wichtigerin Petrowna, und sie vollbringt die Tat zusammen mit dem lotten, federn haustrocknen Jafow, der den Mord begeht, wie ein anderer einen Fisch fracht, und der vorhandenen Petrowna ohne Bedenken den Eid leistet, daß er alle Folgen auf sich nehme. Sie bleiben nicht aus. Die Petrowna wird mit dem ererbten Geld eine Dame von Welt, sie kauft sich einen Fürsten, der nur den einen Fehler hat, daß er immer betrunken ist. Er wird von ihr abgefunden und verabschiedet. Köstlich ist das Hochzeitsfest, das der Impresario des Fürsten (von Karl Ettlinger prägnant gespielt) mit lauter aus der Mantelgarderobe bezogenen Generalen, Baronen usw. ausrichtet. Die Fürstin findet sich meisterlich in die neue Rolle einer vornehmen, frommen und wohlthätigen Dame, sie ist auf dem besten Wege, ihre Fertigkeit und den — na kleinen Zwischenfall zu vergeßen. Anders Jafow. Er ist mit dem Pöbel Jofan, der ein Saufruder und mitwilderer Buhprediger in einem ist, und seiner Liebsten, dem früheren Stubenmädchen Margarita aufs Abenteuer aus. Die Abenteuer werden — aus der Bräute — reich bedacht, und wo die drei ihr Quartier aufschlagen, haben die Bauern gute Tage. Aber in Margarita erwacht das Gewissen, und an einem Abend, da es wieder einmal hoch bergob und in der Trunkenheit die Tat ausgeplaudert und der Polizei gemeldet wird, erhängt sie sich. Jafow sieht und sucht Hilfe und Trost bei der Fürstin, bei der eben der total abgedrehte Fürst mit seinem Impresario zu glückem Zweck eingetroffen ist. Es folgt die mit aller Routine der Theatermacher aufgebaute groß: Szene der Auseinandersetzung. Die Fürstin macht alle Schuld auf Jafow, schreit ihn als Mörder aus und will ihn der Polizei denunzieren. Der — im Grunde — schwache Mann, der hilflos geworden ist, ein Bild des grenzenlos gutmütigen, aber auch unüberlebten und toten russischen Volkes, bleibt seinem Schicksal treu, bekennt sich als alleinigen Mörder und erschießt sich hinter der Szene (nachdem er sich einen respektablen Abgang besorgt). Die Fürstin bricht unter hysterischem Getöse (tot?) zusammen. „Du sollst nicht töten“.

Das Interesse des Abends gehörte der Höflichkeit, die die Petrowna geschmackvoll lebendig gestaltete. Sie gab der heroischen ge-

meinen Person noch ihrem Aufstieg so viel Haltung und seine Jüge, daß man doll Spannung der weiteren Entwicklung entgegen sah. Sie wird durch den Schluß leider abgelehnt. Sorglos und unbesangen, ein Kind der Paune und des Romant, aber auch ein Kerl, der sich vor nichts fürchtet, war der Jafow Rudolf Forsters. Der schamlose, vornehme Fürst, der sturbe Kulachow, der (im Gegensatz zu Tolstoi und Gorki) in den Niederungen des Süds verbleibende Pöbel wurden durch Paul Bildt, Paul Günther und Robert Garrison charakteristisch russisch dargestellt.

Der Gesamtindruck des Abends war zwiespältig. Das Russische war nicht neu und das Spelatende Neue nicht russisch.

R. S. Döcher.

„Antinous“ von Erich Janke.

Das Schloßpark-Theater in Steglitz, wie immer emsig auf Premieren aus, führte gestern seine Zuschauer mit dem Trauerspiel „Antinous“ von Erich Janke in die Welt des Altertums. Der römische Kaiser Hadrian, der mit seinem wegen seiner Schönheit berühmten Freund Antinous zu den Festspielen im Stadion nach Ägypten gereist ist, hat bestimmt, daß seine Statue im Tempel der Isis aufgestellt wird. Die Isispriester wollen das als eine Entweihung ihres Heiligtums verhindern, und der entrüstete Hadrian überläßt Antinous die Entscheidung, ob es bei seinem Entschluß bleiben soll oder nicht. Antinous entscheidet sich gegen die Priester, deren Jöngling er gewesen ist, und gerät dadurch in schreckliche Gemisensqualen. Er fürchtet — nicht für sich, sondern für den geliebten Hadrian — die Rache der mächtigen Göttin Isis. Wie er nun noch einen drohenden Orakelspruch der Isis erfährt, glaubt er das Unheil von seinem Herrn nur durch seinen Tod abwenden zu können. Er stürzt sich in den Nil.

Dieses Lied von der Erhabenheit der Freundschaft, von der düsteren Nacht einer unerbittlichen Priesterherrschaft, von dem stolzen Herrscherbewußtsein eines Cäsars ist in edler und klugschöner, an das klassische Drama erinnernden Sprache geschrieben, mit dem künstlerischen Empfinden für dramatische Entwicklung und Höhepunkte aufgebaut, die Charaktere sind mit sicherer Hand zu lebensvollen Figuren verkörpert — und doch hat der Dichter nicht den Weg zum Herzen der Zuschauer gefunden. Der Borsell war hart und ehrlich, aber er jubelte nicht. Er wollte nur anerkennen. Die Welt, die sich da auftrat, hatte keine Beziehung mehr zu den Sorgen, die uns heute bedrücken, und wir nicht lebendig, nicht greifbar genug, um uns ganz in ihren Bann zu ziehen.

Das Schloßparktheater hat im Gegensatz mit seinen beschränkten Mitteln eine würdige Vorstellung herausgebracht, wenn man von den ganz unmöglichen Statisten abläßt. Erich Janke war ein stolzer, gütiger, wahrhaft kaiserlicher Hadrian. Er hielt mit den schauspielerischen Mitteln haus, so daß er mit seinem Schmerzensausruch bei der Todesnachricht des geliebten Antinous eine prächtige Wirkung erzielte.

Felix von Lufhan 4. Der hervorragende Anthropologe und Ethnologe Felix von Lufhan ist im Alter von 69 Jahren in Berlin gestorben. Seit 1885 war er — geboren am 11. August 1854 in Hol-

brunn bei Wien — am Museum für Völkerkunde und an der Universität tätig. 1900 wurde er ordentlicher Professor für Ethnologie und 1904 Direktor am Museum. Sein Name ist mit der Entdeckung der völkerverkundlichen und vorgeschichtlichen Forschung in Berlin untrennbar verknüpft. Durch seine wiederholten Reisen in Kleinasien und Syrien und insbesondere durch die Ausgrabungen in Sendschirli (zwischen 1890 und 1902) erlangte Lufhan das Volk der Hethiter, das seitdem in der Wissenschaft eine so hervorragende Rolle gespielt hat. Ein weiteres Gebiet seiner Arbeiten waren die deutschen Kolonien, besonders die Südseeinseln. Eine Reise dahin wurde durch den Weltkrieg unterbrochen. Unter Lufhans Veröffentlichungen ragt das große Werk über die „Alttertumer von Benin“ hervor, worin er die ganze Bedeutung und den künstlerischen Wert dieser afrikanischen Bronzen darlegte. Der Forscher hielt es für seine Pflicht, das Erkannte in den Dienst des Lebens, unter Umständen auch des Tages zu stellen. Gegen die übrigen Schatzgräber von „Rasse und Volk“ hat er wiederholt mit wissenschaftlichem Ernst Einspruch erhoben und die Demagogie, die damit angetrieben wird, aufgedeckt. Vor allem hat er den Reichscharakter der jüdischen „Rasse“ dargelegt und deren Bestandteile bis in ihre älteste Geschichte zurückverfolgt. Grundlegend und doch populär hat er die hier in Frage kommenden Probleme in der Schrift „Völker, Rassen und Sprachen“ in leichtvoller Weise behandelt und alles darin zusammengefaßt, was die Wissenschaft dazu zu sagen hat. Sie sollte als sein Vermächtnis in die weitesten Kreise dringen.

Max Reinhardt in New York. Im Herzen der New Yorker City wird jetzt ein Theater für die Aufführungen von Max Reinhardt errichtet. Die Anlage der Bühnen erfolgt nach seinen Plänen. Der Bau wird zwei Bühnenräume umfassen. Das eine Theater liegt auf dem Dach, hat 600 Sitze und wird für Komiker, Soloisten und Kammermusik verwendet werden. Das andere große Theater ist von mächtigen Mauern umgeben und soll nach den Ideen Reinhardt's die zuerst im Berliner Großen Schauspielhaus verwirklicht wurden, keine eigentliche Bühne haben, so daß der flarende Zuschauerraum zwischen Schauspielern und Zuschauern vermischt wird. Die New Yorker Bühnen berichten, fallen die Schauspieler direkt vom Zuschauerraum aufzutreten können.

Erstaufführungen der Woche. Mittwoch am Königsplatz: „Ballet-Comedie“. — Schloßpark-Theater: „Carthagenais Rime“. — Berliner Theater: „Rabane Baraco“. — Donnerst. Gambiellens: „Hollands letztes Abenteuer“. — Freitag, St. Schauspieler: „Baccello“. — Samstag-Theater: „Columbus“. — Sonntag: „Revolutionshochzeit“. — Sonntag, Deutsches Opernhaus: „Tourendunbeine Rache“.

Die Junge Bühne bringt Ende Februar „Quarantäne in Sillian“ von Arnold Schöner (Regie: Julius Gutschalk) und Anfang März „Sebastian“ von Paul Sautsch (Regie: Heinz Hilbert) zur Aufführung.

Wahl. Anton Brundner's Reize in D. zum ersten Male in Berlin zu Behör gebracht, bildet ein Schauspiel des 1. Kontinents der Welt für die Förderung der türkischen Landwirtschaft. Am Montag 8 Uhr im großen Saal der Hochschule. Das Programm enthält noch die B.A.-C.H.-Tage für Deutschland, die hier „erhalten Gedanke“ von Dichtern und Edgar Linels Sonnengesang des hl. Franziskus.

